

Geben und Nehmen

Ölimporte. Die internationalen Mineralöllieferanten verdienen nicht nur viel Geld mit Deutschland, sie kaufen hierzulande auch kräftig ein. So wurden 2013 bereits 7,4 Prozent aller deutschen Investitionsgüter in erdölexportierende Länder geliefert, mehr als doppelt so viel wie im Jahr 2000. Fachleute sprechen deshalb vom Petrodollar-Recycling. 

Die deutsche Wirtschaft ist mit dem Ausland gut vernetzt – als Kunden und als Lieferanten sind deutsche Firmen weltweit gefragt. Das spiegelt sich im Anteil der Ein- und Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt wider. Der Mittelwert aus beiden Kennziffern war 2012 mit knapp

49 Prozent höher als in anderen großen Volkswirtschaften.

Dabei hat sich nicht nur die Exportquote seit Mitte der 1990er Jahre auf 51 Prozent (2013) mehr als verdoppelt. Auch die Importquote ist von 23 auf 44 Prozent gestiegen. Dahinter steht, dass sich die deut-

sche Wirtschaft auch auf der Ebene der Vorleistungen mit dem Ausland stark vernetzt hat. Das ist gut so, denn den europäischen Krisenländern wäre wenig geholfen, wenn Deutschland wieder mehr selbst machte und Importe einschränkte.

Was generell als Erfolgsrezept gilt – das gegenseitige Geben und Nehmen –, wird im Falle der Energieversorgung allerdings anders gesehen: Importabhängigkeiten zu reduzieren, scheint vielen das Gebot der Stunde – nicht zuletzt aufgrund von Unruhen außerhalb der EU.

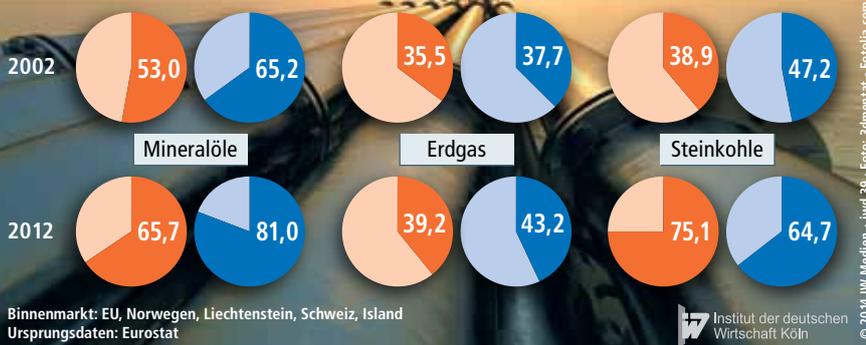
Wer realistisch ist, stellt jedoch schnell fest, dass der Unabhängigkeit enge Grenzen gesetzt sind. Denn Deutschland kann nur wenige Energierohstoffe selbst fördern. Vielmehr bezieht die Bundesrepublik 66 Prozent des Öls – einschließlich der Mineralölprodukte – und 39 Prozent des Erdgases aus Ländern, die nicht dem europäischen Binnenmarkt angehören (Grafik).

Auch die Europäische Union insgesamt ist alles andere als autark: Sie importiert sogar 81 Prozent des

Energieimporte: Selbstversorgung ausgeschlossen

So viel Prozent des Energieverbrauchs wurden über Importe gedeckt, die nicht aus dem Binnenmarkt kommen

■ Deutschland ■ EU



Inhalt

EU-Kohäsionspolitik. Von den für 2007 bis 2013 bereitgestellten Mitteln haben die Mitgliedsstaaten fast ein Drittel noch nicht abgerufen.
Seite 3

Gesellschaft. Der steigende Anteil von Patchwork-Familien stellt Politik und Unternehmen vor besondere Herausforderungen.
Seite 4-5

Gewerbesteuer. Das Rekord-Aufkommen von 2013 war sehr unterschiedlich auf die Bundesländer verteilt.
Seite 6

Vollbeschäftigung. Die vermeintliche Vollbeschäftigung in einigen Regionen taugt nicht als Begründung für hohe Lohnforderungen.
Seite 7

Nutzfahrzeuge. Nach längerer Durststrecke läuft es für die Nutzfahrzeugbranche jetzt wieder besser.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Öls und 43 Prozent des Erdgases aus Drittstaaten. Und mit einem Anteil von einem Drittel haben Mineralöle nach wie vor die größte Bedeutung im deutschen und europäischen Energiemix.

Ein hoher Importanteil kann trotzdem Hand in Hand gehen mit Versorgungssicherheit – unter zwei Voraussetzungen: Erstens muss die Zahl der Lieferländer ausreichend groß sein, damit einzelne Ausfälle kompensiert werden können. Zweitens müssen verschiedene Transportwege zur Verfügung stehen, damit die Sabotage einer Pipeline nicht zum Versorgungsengpass führt.

Woher Deutschlands Öl kommt

Russland	37.378
Niederlande	17.575
Vereinigtes Königreich	14.199
Norwegen	9.556
Libyen	8.613
Nigeria	6.652
Kasachstan	5.470
Belgien	5.330
Algerien	2.461
Saudi-Arabien	2.387
Aserbaidschan	2.146
Ägypten	1.387
USA	1.214
Estland	983
Dänemark	944
Venezuela	868
Irak	840
Sonstige afrikanische Länder	671
Kuwait	591
Kolumbien	534
Übrige Länder	5.805



Stand: 2012; Öl einschließlich Ölprodukte; Ölprodukte: Umschlagplätze (z. B. Belgien und Niederlande) werden als Ursprungsland ausgewiesen
Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv 39

Das Beispiel Mineralöl zeigt, dass sich in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahrzehnten vieles zum Besseren gewendet hat.

Die Älteren werden sich noch erinnern: 1973 hatte das Kartell der OPEC-Staaten die Ölexporte gedrosselt, in der Folge wurden in Deutschland sogar sonntägliche Fahrverbote beschlossen.

Die heutige Situation unterscheidet sich jedoch von der damaligen: Ende der 1970er Jahre wurden rund 70 Prozent des Rohöls aus den OPEC-Staaten importiert. Heute ist es noch rund ein Viertel.

Deutschlands – und Europas – Öl kommt inzwischen aus vieler Herren Länder und auf zig Transportrouten (Grafik). Der Ausfall eines Lieferanten lässt sich somit kompensieren. Hinzu kommen neue Akteure wie die USA, die durch das Fracking erhebliche Mengen an unkonventionellem Öl fördern. Das wirkt den kriselnden Ölmärkten im Nahen Osten und in Afrika entgegen:

Ein Fass Öl (159 Liter) kostete Mitte September 2014 rund 95 Dollar – so wenig wie seit anderthalb Jahren nicht mehr.

Auch mit Blick auf den mittel- bis langfristig abnehmenden Verbrauch dürfte unter diesen Rahmenbedingungen eine sichere Ölversorgung gewährleistet werden können.

Und noch aus einem ganz anderen Grund ist die negative Sicht auf Energieimporte verkürzt: Die anziehenden Ölpreise haben in den vergangenen 15 Jahren erhebliche Einnahmen in die Kassen der Ölländer gespült und dort zu einem Investitionsboom geführt. Die nominalen Bruttoinvestitionen in diesen Staaten haben sich von 240 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf gut 1.450 Milliarden Dollar 2013 versech-

Gemeinschaftsaufgabe Energiewende

Ein gutes Beispiel dafür, in welchen Fällen es sinnvoll ist, die Energieversorgung mit ausländischen Partnern zu stemmen, sind die erneuerbaren Energien. Wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nur säuselt, muss auf andere Stromquellen zurückgegriffen werden. Solche Stromschwankungen lassen sich oft ohne großen Aufwand durch grenzüberschreitende Lieferungen ausgleichen.

Günstiger wird die Stromversorgung auch dann, wenn die natürlichen Standortvorteile einzelner Regionen genutzt werden, indem etwa die Solarenergie in den sonnenreichen Gegenden Spaniens und die Windkraft an den stürmischen Küsten Schottlands erzeugt werden.

Außerdem sind erneuerbare Energien auch aus technischer Sicht keine rein nationale Veranstaltung: Vielmehr besteht eine indirekte Importabhängigkeit beispielsweise bei Solarzellen oder auch Metallen, die zur Produktion von Windrädern notwendig sind.

facht. Das Gewicht der Ölländer an den weltweiten Bruttoinvestitionen ist zuletzt auf rund 8 Prozent gestiegen. Das entspricht in etwa ihrem Beitrag zur Weltproduktion.

Davon hat die stark auf Investitionsgüter ausgerichtete deutsche Wirtschaft profitiert. Im Jahr 2013 lieferten deutsche Investitionsgüterhersteller Waren für 64 Milliarden Dollar an die Ölproduzenten, bis zum Jahr 2000 waren es jährlich nur rund 12 Milliarden Dollar.



Gutachten

Hubertus Bardt,
Esther Chrischilles,
Michael Grömling, Jürgen Matthes:
Abhängigkeit gleich Verletzlichkeit?
Energieimporte in Deutschland und Europa
Download unter:
iwkoeln.de/energieimporte

Regierungen lassen Geld liegen

EU-Kohäsionspolitik. Fast 350 Milliarden Euro hat die EU 2007 bis 2013 für Projekte zur Verfügung gestellt, mit denen der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb der Union gefördert werden soll. Von diesem Geld haben die Mitgliedsstaaten allerdings fast ein Drittel noch nicht abgerufen.

In der EU-Kohäsionspolitik spielen vor allem drei Fonds eine Rolle: Der für 2007 bis 2013 mit 201 Milliarden Euro bestückte Europäische Fonds für regionale Entwicklung und der 70 Milliarden Euro schwere Kohäsionsfonds fördern vor allem ärmere Regionen und Länder, der Europäische Sozialfonds will mit seinen 79 Milliarden Euro die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Mitgliedsstaaten verbessern.

Doch die größten Geldtöpfe nutzen wenig, wenn die Länder nicht zugreifen. Und das ist oft der Fall – wie das Ranking der verpassten Möglichkeiten zeigt (Grafik):

Rumänien hat bislang nur 46 Prozent der EU-Fördermittel in Anspruch genommen – das ist die niedrigste Quote aller EU-Länder.

Dabei geht es zum Beispiel um ein mit fast 4,6 Milliarden Euro gefördertes Programm, das Rumänien besser an die europäischen Verkehrsnetze anbinden und die nationale Infrastruktur für den Straßen-, Schienen, Schiffs- und Luftverkehr modernisieren soll.

Portugal dagegen hat bis Mai 2014 gut 85 Prozent der EU-Kohäsionsmittel genutzt – mehr als jedes andere Land. Ein großes Programm dreht sich um die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Zum Projektetat von 3,1 Milliarden Euro steuert der EU-Regionalfonds etwa 2,4 Milliarden Euro bei. Es geht vor allem darum, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die öffentliche Verwaltung effizienter zu machen.

Im krisengeplagten Griechenland bezuschusst die EU unter anderem ein knapp 5 Milliarden Euro umfassendes Programm, das die Verkehrsinfrastruktur im Land verbessern soll. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau des Straßennetzes.

Dass Griechenland die ihm für 2007 bis 2013 zugesagten Förder-

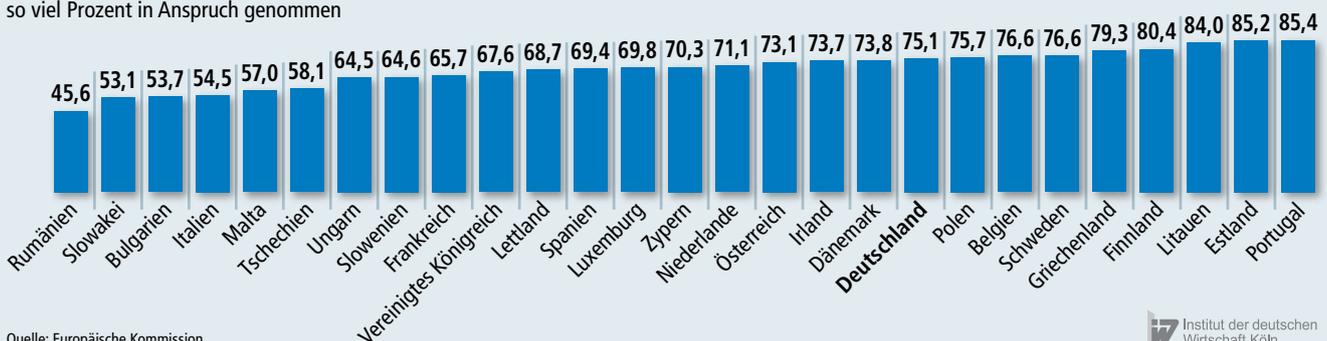
gelder inzwischen zu fast 80 Prozent in Anspruch genommen hat und damit auf Platz fünf aller EU-Länder liegt, ist wohl nicht zuletzt der EU-Task-Force zu verdanken. Sie wurde 2011 von der EU-Kommission etabliert, um die griechische Verwaltung bei Reformen zu unterstützen. Damals rangierte Griechenland in Sachen Verwendung der EU-Kohäsionsmittel nur auf Platz 18.

Das passt zu den Erkenntnissen des aktuellen EU-Kohäsionsberichts, wonach Förderzusagen auch deshalb verfallen, weil die jeweiligen nationalen Regierungen versagen – sprich: die Verwaltung zu wenig kompetent ist, die beteiligten Ämter nicht zusammenarbeiten oder es generell am nötigen Personal fehlt. Die komplexen Regelungen der EU-Kohäsionspolitik machen es den Ländern aber auch nicht einfach – was der Europäische Rechnungshof bereits 2011 kritisiert hat.

Immerhin haben die EU-Staaten in der Regel noch bis Ende 2015 Zeit, Fördergelder zu verbrauchen und die entsprechenden Projekte vor dem Aus zu bewahren.

EU-Fördermittel: Viele Chancen bleiben ungenutzt

Für die Jahre 2007 bis 2013 hat die EU insgesamt rund 350 Milliarden Euro für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU bereitgestellt. Von dem Geld, das den einzelnen Ländern zusteht, haben sie bis zum 21. Mai 2014 aber erst so viel Prozent in Anspruch genommen



Quelle: Europäische Kommission

Flickenteppich Familie

Gesellschaft. In Deutschland wachsen immer mehr Kinder und Jugendliche in Patchwork-Familien auf – also in einem Haushalt, in dem ein leiblicher Elternteil, der neue Lebenspartner sowie eventuell weitere Kinder leben. Solche Konstellationen stellen nicht nur die Beteiligten vor besondere Herausforderungen, auch die Politik und die Unternehmen sind gefordert.

Vater, Mutter, Kind. In der „Normalfamilie“ mit verheirateten Eltern und leiblichen Kindern sind die Rollen meist klar definiert. Anders sieht das bei alternativen Lebensformen aus. So übernehmen Alleinerziehende einen Großteil der familiären Aufgaben des anderen Elternteils, auch wenn dieser im Rahmen des gemeinsamen Sorgerechts nach wie vor Verantwortung für das Kind trägt und seinen Beitrag zum Unterhalt des Kindes leistet.

So richtig kompliziert wird es aber erst, wenn neue Partner ins Spiel kommen – und das ist gar nicht so selten (Grafik Seite 5 unten):

In der Hälfte aller Trennungsfamilien mit minderjährigen Kindern gibt es anschließend einen neuen Partner beziehungsweise eine neue Partnerin.

Bringt mindestens einer der Erwachsenen ein Kind oder mehrere

aus einer früheren Partnerschaft mit und ziehen die beiden in einen gemeinsamen Haushalt, spricht man von einer Patchwork-Familie.

In der Regel schlüpfen die neuen Partner im Alltag mehr oder weniger automatisch in eine Art Vater- bzw. Mutterrolle für jene Kinder, die nicht die eigenen sind, sodass man sie auch als „soziale Mütter“ oder „soziale Väter“ bezeichnet. Sie unterscheiden sich aber nicht nur genetisch, sondern auch rechtlich von den biologischen Eltern des Kindes.

Außerdem gibt es noch eine dritte Kategorie der Elternschaft: Die zwar nicht biologischen, aber rechtlichen Väter – das sind jene Männer, die zum Zeitpunkt der Geburt eines Kindes mit der Mutter verheiratet sind, die die Vaterschaft anerkannt

haben oder deren Vaterschaft von Amtswegen festgestellt wurde. Rechtliche Elternteile sind dem Nachwuchs gegenüber unterhaltspflichtig und sorgeberechtigt. Biologische Väter wiederum haben seit 2013 auch dann ein Umgangsrecht mit ihrem Kind, wenn sie nicht der rechtliche Vater sind.

Die Zahl der Scheidungskinder ist in den vergangenen Jahren zwar leicht gesunken, gleichwohl ist der Trend, sich zu trennen, ungebrochen: In den 1960er Jahren ließen sich in Deutschland durchschnittlich 84.000 Paare pro Jahr scheiden, mittlerweile sind es 180.000. Gleichzeitig hat der Wille zum Ja-Sagen dramatisch nachgelassen – von mehr als 630.000 geschlossenen Ehen pro Jahr in den 1960ern auf nunmehr 390.000.

Da in Deutschland immer mehr Kinder außerhalb der Ehe geboren werden und die Zahl der Scheidungen nach wie vor hoch ist, gewinnen alternative Lebensformen an Bedeutung. Zwar leben die meisten minderjährigen Kinder – gut 70 Prozent – in Familien, in denen Vater und Mutter miteinander verheiratet sind (Grafik Seite 5 oben); eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels zeigt jedoch, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die zumindest zweitweise in einer Patchwork-Familie aufwachsen, leicht zugenommen hat (Grafik):

Fast 13 Prozent der 19- bis 21-jährigen Jugendlichen lebten bis zu ihrem 16. Geburtstag mindestens ein Jahr lang bei einem leiblichen Elternteil und dessen neuem Partner. Bei den heute 29- bis 31-Jährigen lag dieser Anteil nur bei 11 Prozent.



Das Familien-Muster

So viel Prozent der Jugendlichen wohnten ...

Geboren zwischen	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland einschließlich Berlin
... bis zum 16. Geburtstag ausschließlich mit den Eltern zusammen			
1983 und 1985	71,4	73,4	64,8
1993 und 1995	74,2	75,4	65,0
... bis zum 16. Geburtstag mindestens ein Jahr mit nur einem Elternteil und dessen neuem Partner zusammen			
1983 und 1985	11,1	10,0	14,9
1993 und 1995	12,7	12,4	14,8

Patchwork-Familien stellen die Beteiligten fast immer vor besondere Herausforderungen: Zum einen können die neuen Partner nicht ohne weiteres die volle Verantwortung für die Erziehung des Nachwuchses übernehmen, da sie oft nicht von den Kindern akzeptiert werden und meist auch kein Sorgerecht haben. Zum anderen findet das Patchwork-Familienleben häufig an mehreren Orten statt, da die meisten Kinder regelmäßig Zeit beim anderen leiblichen Elternteil oder bei weiteren Bezugspersonen von früher (wie den Großeltern) verbringen und dafür auch weite Reisen auf sich nehmen.

Patchwork-Familien werden aller Voraussicht nach künftig noch stärker verbreitet sein als heute schon. Um ihnen den Alltag zu erleichtern, sind auch die Politik und die Unternehmen gefordert. Es geht um Maßnahmen, die nicht nur für Patchworker wichtig sind, sondern für alle Familienmodelle jenseits der klassischen Vater-Mutter-Kind-Konstellation:

- **Jugendsozialarbeit.** Wenn Eltern sich trennen oder neue Partnerschaften eingehen, ist das für die betroffenen Kinder meistens belastend. Da sie innerhalb des Familienkreises häufig keinen unabhängigen Ansprechpartner haben, sollten sie auf angemessene Angebote der Jugendsozialarbeit zurückgreifen können.
- **Betreuungsmöglichkeiten.** Alleinerziehende und Patchwork-Familien sind besonders stark auf eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur angewiesen, die auch den Nachmittag einschließt, da sie die Kinderbetreuung nicht in gleichem Maß wie

Nachwuchs ja – Ehe nein



So viel Prozent der Eltern mit minderjährigen Kindern waren verheiratet

	Deutschland	Westdeutsche Flächenländer	Stadtstaaten	Ostdeutschland ohne Berlin
1996	81,4	84,6	68,4	73,8
2012	70,6	75,0	57,1	52,9

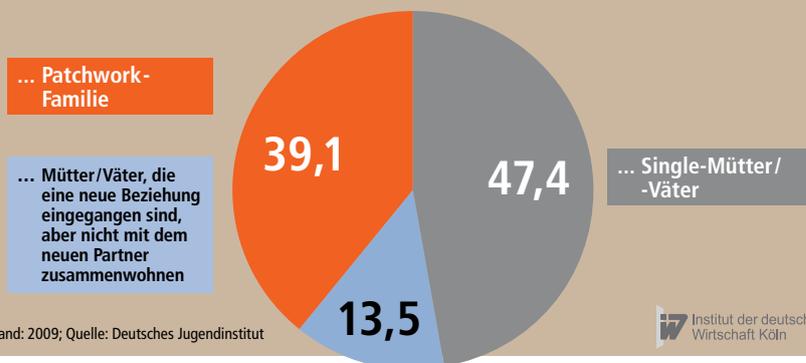
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 39 - Foto: monropic - Fotolia.com

Trennungskinder: So leben sie

So viel Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern, in denen sich die leiblichen Eltern getrennt haben, leben anschließend als ...



Stand: 2009; Quelle: Deutsches Jugendinstitut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 39

„Normalfamilien“ aufteilen können oder wollen.

In Deutschland fehlen derzeit aber 120.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige.

Noch gravierender ist der Mangel bei den Schulkindern: Rund 70 Prozent der Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter wünschen sich eine Ganztagsbetreuung für ihren Nachwuchs, doch nur knapp die Hälfte von ihnen findet einen Platz. Unterm Strich fehlen damit zurzeit bundesweit mehr als 2,8 Millionen Ganztagsplätze für Schüler.

- **Mobilität.** Da Trennungskinder oft zwischen den Wohnorten der leiblichen Eltern pendeln, braucht es ein gut ausgebautes und getaktetes Angebot im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Damit die Kinder den Weg ohne Begleitung eines Elternteils oder einer anderen Bezugsperson

zurücklegen können, sind Begleitangebote für allein reisende Kinder wichtig, wie sie von der Deutschen Bahn und einigen Fluggesellschaften angeboten werden.

- **Personalpolitik in den Unternehmen.** Familienfreundliche Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten sind in fast allen Betrieben in Deutschland (96 Prozent) längst Standard. Allerdings berücksichtigen die gängigen Arbeitszeitmodelle meist nicht die besonderen zeitlichen Bedürfnisse von getrennt lebenden Vätern und Müttern, die ihr Kind oft nur an einzelnen Wochentagen, am Wochenende oder in den Schulferien sehen können. In vielen Fällen hapert es auch am nötigen Verständnis im Kollegenkreis, wenn ein Patchworker oder eine Alleinerziehende auf diese Problematik hinweist oder gar Rücksichtnahme einfordert.

Der Goldesel der Kommunen

Gewerbesteuer. Im Jahr 2013 haben die Kommunen mehr Gewerbesteuern eingenommen als je zuvor. Das Aufkommen war jedoch sehr unterschiedlich auf die Bundesländer verteilt.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Steuerquelle der Kommunen, sie macht mehr als 40 Prozent ihrer Steuereinnahmen aus. Allerdings dürfen die Städte und Gemeinden das Geld nicht komplett behalten, sondern müssen die sogenannte Gewerbesteuerumlage an den Bund und die Länder abführen – unter anderem als Ausgleich dafür, dass die Kommunen an den Einnahmen aus der Einkommenssteuer beteiligt sind. Für 2013 heißt das:

Von den 43 Milliarden Euro an Gewerbesteuern blieben den Kommu-

nen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 36 Milliarden Euro.

Gemessen am Krisenjahr 2009 hat sich die Einnahmesituation der Kommunen stark verbessert. Belief sich das Gewerbesteueraufkommen je Einwohner damals nur auf knapp 400 Euro, lag es im Jahr 2013 mit rund 530 Euro ein Drittel höher. Von diesem bundesweiten Durchschnitt gibt es allerdings erhebliche Abweichungen – sowohl nach oben als auch nach unten (Grafik):

Hamburg hatte im vergangenen Jahr mit 1.109 Euro je Einwohner das mit Abstand höchste Aufkommen an Gewerbesteuer, Mecklenburg-Vorpommern mit 253 Euro das niedrigste.

Grundsätzlich gilt: In wirtschaftsstarken Bundesländern haben die Kommunen auch das höchste Ge-

werbesteueraufkommen. Allerdings konnten einige wirtschaftsschwächere Länder zuletzt beachtliche Fortschritte erzielen:

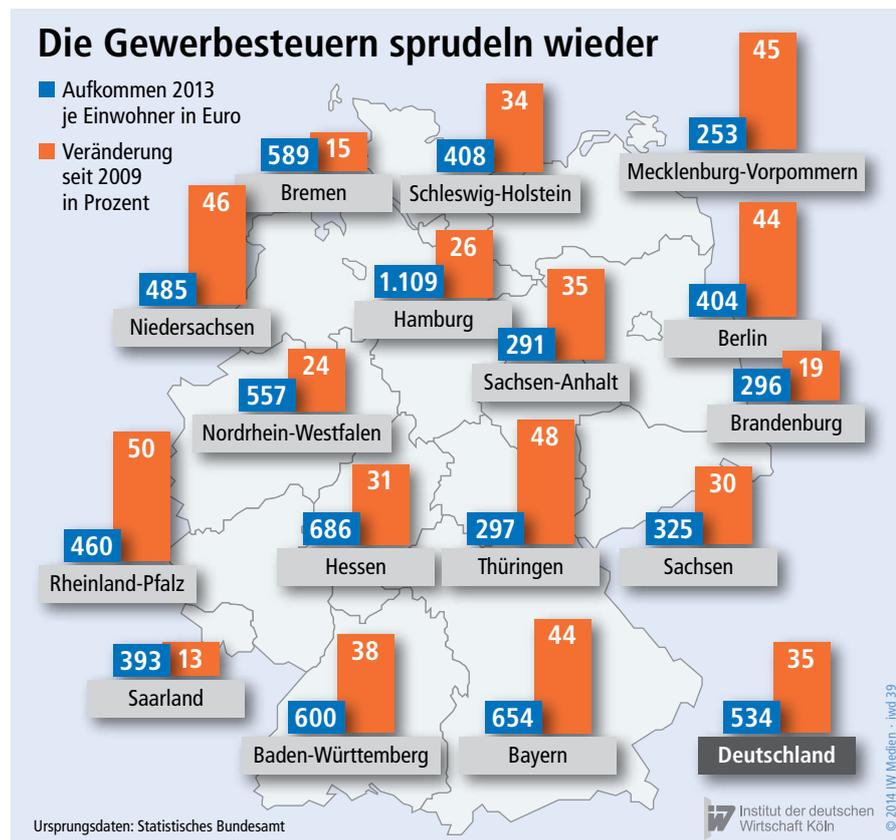
In den rheinland-pfälzischen Kommunen ist das Gewerbesteueraufkommen pro Einwohner seit 2009 vor allem aufgrund höherer Gewinne um fast 50 Prozent gestiegen – stärker als in jedem anderen Bundesland.

Das Schlusslicht bildet das Saarland: Dort gab es nur einen Zuwachs von knapp 13 Prozent.

Was die Kommunen mit dem Geld aus der Gewerbesteuer machen, ist zwar grundsätzlich ihre Sache. Da die Erhebung dieser Steuer aber damit begründet wird, dass die Unternehmen so die lokale Infrastruktur finanzieren, bietet sich ein Blick auf die kommunalen Investitionen geradezu an – und der zeigt:

Westdeutsche Kommunen stecken im Schnitt nur drei Viertel der Gewerbesteuereinnahmen in Investitionen.

Besonders niedrig ist die Quote in Nordrhein-Westfalen: Hier flossen im Jahr 2013 lediglich 41 Prozent der Gewerbesteuereinnahmen in Sachinvestitionen, Investitionszuschüsse oder kommunale Beteiligungen. Ganz anders dagegen in Ostdeutschland – und in Bayern. Dort haben die Städte und Gemeinden nicht nur ihre Einnahmen aus der Gewerbesteuer vollständig investiert, sondern noch etwas draufgelegt – denn gemessen an den Gewerbesteuereinkünften betrug die Investitionsquote dort sogar über 100 Prozent. So legen die Kommunen den Grundstein für eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung und ein hohes Gewerbesteueraufkommen.



Kein eindeutiger Begriff

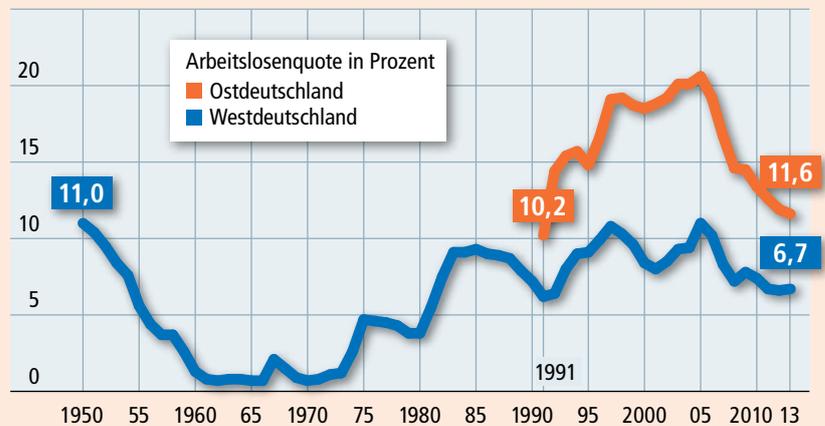
Vollbeschäftigung. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, begründet seine Forderung nach höheren Löhnen in Deutschland mit der Feststellung, es gäbe in einer Reihe von Branchen und Regionen praktisch Vollbeschäftigung. Doch was ist Vollbeschäftigung überhaupt?

Arbeitsmarktforscher sprechen von Vollbeschäftigung mitunter schon dann, wenn die Arbeitslosenquote 5 Prozent beträgt. Die Latte liegt deshalb so hoch, weil es Formen der Arbeitslosigkeit gibt, die volkswirtschaftlich sinnvoll sind – wenn etwa ein qualifizierter Arbeitnehmer, der seinen Job verloren hat, nicht gleich das erstbeste Angebot annimmt, sondern in Ruhe nach einer passenden Stelle sucht (Kasten).

Wie hoch allein diese Sucharbeitslosigkeit sein kann, macht ein Rechenbeispiel deutlich: Im Jahr 2013 wurden in Deutschland 7,8 Millionen Menschen arbeitslos – manche auch mehrmals. Wenn jeder Betroffene nur vier Wochen nach einer neuen Stelle sucht, dann liegt die Arbeitslosenquote ohne Altfälle bei 1,4 Prozent. Wenn aber jeder Arbeitslose zwölf Wochen braucht, um einen neuen Job zu finden, beträgt allein die Sucharbeitslosigkeit schon 4,2 Prozent.

Daran gemessen herrscht in einigen Regionen Deutschlands tatsächlich Vollbeschäftigung. So kommt Bayern auf eine Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent, Baden-Württemberg auf 4,1 Prozent. Anders sieht es im Norden und Osten aus. In Berlin und Bremen zum Beispiel beträgt die Arbeitslosenquote jeweils

Vollbeschäftigung: Goldene 1960er Jahre



ab 1991: Westdeutschland ohne Berlin; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 39

Die drei Formen der Arbeitslosigkeit

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Sie entsteht in einer Wirtschaftsflaute, verschwindet aber im Aufschwung wieder.

Strukturelle Arbeitslosigkeit. Oft hat der Staat seine Finger hier im Spiel, zum Beispiel wenn der Mindestlohn Beschäftigungsverhältnisse unwirtschaftlich macht. Auch wenn Universitäten jede Menge Kulturwissenschaftler ausbilden, der Arbeitsmarkt sie aber nicht aufnehmen kann, spricht man von struktureller Arbeitslosigkeit.

Sucharbeitslosigkeit. Sie entsteht, wenn Arbeitslose nicht sofort eine neue Beschäftigung finden, sondern eine gewisse Zeit für die Suche benötigen.

mehr als 11 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern gut 10 Prozent.

Weil Tarifabschlüsse aber oftmals über Landesgrenzen hinaus für ganze Branchen verbindlich sind, kann der Verweis auf Vollbeschäftigung in einer Region als Begründung für hohe Lohnforderungen nicht gelten.

Darüber hinaus hat Deutschland nach wie vor auch eine sehr hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. Viele Menschen, die nicht qualifiziert sind oder den „falschen“ Beruf gelernt haben, bekommen selbst in prosperierenden Regionen keinen Job – Vollbeschäftigung hin oder her.

Wie groß dieses Problem in einzelnen Berufsgruppen ist, zeigen drei

Beispiele. So beträgt die Arbeitslosenquote der Gartenbauer 31 Prozent. In den Bewachungsberufen beläuft sich die Quote auf 24 Prozent und bei den Geisteswissenschaftlern auf 27 Prozent.

Angesichts des demografiebedingt schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials ist jedoch die Chance groß, dass sich die strukturelle Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit deutlich verringert. Dann dürften, sofern die Konjunktur mitspielt, auch bundesweit Arbeitslosenquoten von weniger als 5 Prozent möglich sein. Von Quoten wie in Wirtschaftswunderzeiten ist man dann allerdings noch immer weit entfernt (Grafik).

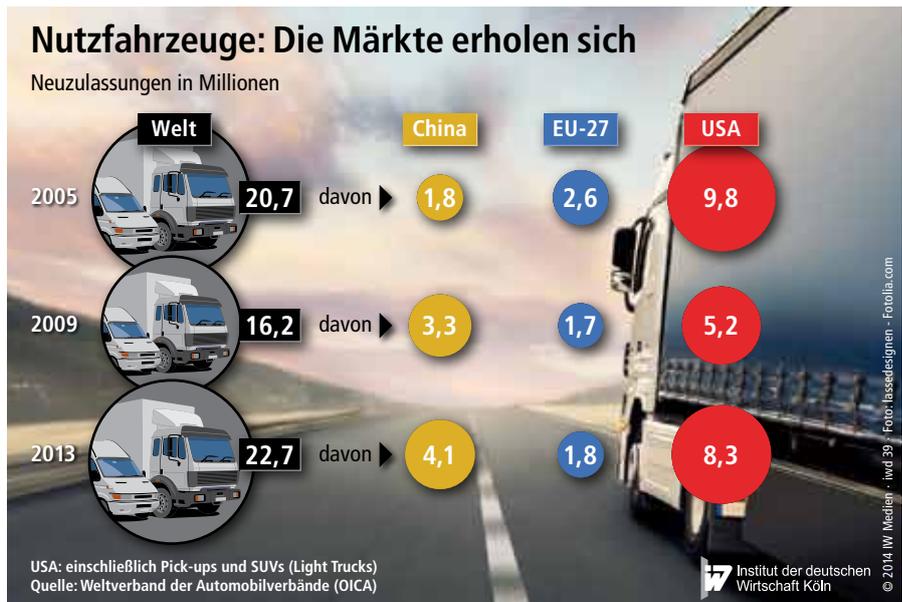
Aus der Krise gefahren

Nutzfahrzeuge. Die Hersteller von Nutzfahrzeugen haben lange gebraucht, den Absatzeinbruch des Jahres 2009 zu überwinden. Insbesondere der europäische Markt kam nur sehr langsam in Gang. Jetzt aber mehren sich die positiven Signale.

Wenn sich die Nutzfahrzeugbranche Ende September auf der IAA in Hannover trifft, kann sie auf ein weiteres Jahr der Erholung zurückblicken. Der tiefe Absatzeinbruch des Jahres 2009 ist weitgehend überwunden. Vor allem die ungebremste Nachfrage aus China und die deutliche Belebung des US-Marktes brachten die Branche wieder auf Kurs (Grafik). Auch Europa ist mittlerweile wieder besser dabei:

Im ersten Halbjahr 2014 stiegen die Neuzulassungen von Nutzfahrzeugen in Europa um gut 9 Prozent.

Mitte des Jahres verzeichnete der europäische Markt bereits den zehnten Wachstumsmonat in Folge. Die



Krise sollte also überwunden sein, auch wenn nicht alle Nutzfahrzeugklassen gleich gut laufen:

Die Zulassungen von leichten Nutzfahrzeugen unter 3,5 Tonnen haben um fast 11 Prozent zugelegt, die schweren Lkws erreichten dagegen nur ein Plus von knapp 6 Prozent.

Trotzdem: Gerade das Wachstum im Segment der schweren Nutzfahrzeuge übertrifft alle Erwartungen. Ursprünglich war mit Vorzieheffekten im Jahr 2013 gerechnet worden, da für Neuzulassungen seit Januar 2014 die Euro-6-Abgasnorm vorgeschrieben ist. Die sorgt einerseits für einen geringeren Schadstoffausstoß:

Mit der Euro-6-Norm sinken die zulässigen Stickoxidemissionen eines Lkws um 75 Prozent, bei Feinstaub beträgt die Reduktion zwei Drittel.

Die Norm treibt aber andererseits die Anschaffungskosten hoch und steht im Ruf, den Dieselverbrauch

zu erhöhen. Zumindest bei den neuesten Fahrzeugen ist jedoch kein Mehrverbrauch durch die aufwendige Abgasreinigung mehr nachweisbar. Das unterstreicht, dass bei Nutzfahrzeugen schon der scharf rechnende Kunde die Hersteller dazu antreibt, die Effizienz ihrer Fahrzeuge laufend zu steigern. Jetzt macht sich der Gesetzgeber daran, die Euro-6-Lkws etwas zu fördern:

Ab 2015 zahlen Euro-6-Lkws in Deutschland etwa 2 Cent je Kilometer weniger Maut als Euro-5-Lkws – die heute gut 60 Prozent der mautpflichtigen Fahrten absolvieren.

Seit der Liberalisierung des Fernbusverkehrs erlebt Deutschland zudem einen Bus-Boom: Die Zahl der Fernbuslinien hat sich innerhalb von nur 15 Monaten verdreifacht. Zwar sind solche Wachstumsraten nicht zu halten – aber auf die Nachfrage nach Bussen dürfte Verlass sein.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistenz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.